

# Für Vielfalt und Gerechtigkeit – mit Profil und Biss

Martin Plümicke

14. September 2013

Liebe Kandidatinnen und Kandidaten,  
liebe Mitglieder,  
liebe Gäste,

wir haben soeben die großartige Frau- und Mannschaft der Kandidierenden der Offenen Kirche vorgestellt bekommen. Wir sind die Menschen, die in den nächsten sechs Jahren unsere Landeskirche voranbringen wollen.

Wir wollen eine Kirche, die den Menschen und der Gesellschaft wieder Orientierung gibt! Eine Kirche, in der verschiedene Glaubenswege und vielfältige Frömmigkeitsstile und Formen das Christseins zu leben genauso akzeptiert sind wie vielfältige Lebensformen. Es muss Schluss sein mit den rückwärts gewandten Debatten, ob Homosexuelle gleichberechtigt sind, ob nur die klassische Familie in der Kirche akzeptiert ist, ob Alleinerziehende, Patchworkfamilien oder Singles den gleichen Status haben. Wir sind überzeugt, dass alle Menschen von Gott geliebt und gewollt sind!

Wir wollen eine Kirche, die offensiv zu gesellschaftlichen Themen Stellung bezieht, die die soziale Ungerechtigkeit in unserem Land und weltweit sieht, benennt und bekämpft.

Wir wollen eine Kirche, die sich zu der zunehmenden Militarisierung äußert und sich aktiv für Friedensarbeit einsetzt. Die klar gegen Rüstungsexporte Stellung bezieht und bei Konflikten immer der friedlichen Option den Vorrang gibt.

Wir wollen eine Kirche, die sich für die Bewahrung der Schöpfung einsetzt, die aktiv daran arbeitet, bis 2025 zur klimaneutralen Kirche zu werden.

Wir wollen eine Kirche in der Partizipation selbstverständlich ist, in der endlich alle aus der Monarchie stammenden Elemente verbannt werden. Wir wollen einen Oberkirchenrat, der durch das Kirchenvolk legitimiert ist und nicht als obrigkeitsstaatliche Behörde die Landeskirche regiert.

Lassen Sie mich nun zu einigen Punkten aus dem Wahlprogramm konkret Stellung beziehen und lassen Sie mich sagen, was wir in den nächsten sechs Jahren ganz konkret machen wollen um die Landeskirche voran zu bringen.

## **Präsenz der Kirche bei den Menschen**

Wir sind durch das Evangelium an alle Menschen gewiesen. Es ist unsere Aufgabe, für alle Menschen da zu sein, auch für die, die heute nicht oder nicht mehr in unseren Gemeinden vorkommen. Deshalb setzen wir uns für gemeindeübergreifende Kooperationen

ein. Oftmals ist es nur in der Kooperation möglich, manche Angebote aufrecht zu erhalten, die eine einzelne Gemeinde nicht mehr anbieten kann. Eine Gottesdienstkonzeption z.B., in der wirklich vielfältige Gottesdienste gefeiert werden, kann eine Gemeinde kaum alleine machen. Wir setzen uns ein für niedrigschwellige Angebote für Jugendliche in Jugendkirchen, in Citykirchen, in der Betriebsseelsorge, in der Krankenhauseelsorge und in der Notfallseelsorge. Dabei ist es wichtig, dass die Menschen bedingungslos zu uns kommen dürfen! Niemand braucht sich für seine Glaubensbiografie, für seine kulturelle oder religiöse Herkunft oder für seine sexuelle Orientierung zu rechtfertigen.

Das heißt für uns auch einmal nach Norden zu schauen: nach Hessen-Nassau. Dort ist seit einiger Zeit die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare möglich! Die OFFENE KIRCHE setzt sich dafür auch bei uns in Württemberg ein.

Unsere Mitbewerber wollen diese Frage ganz anders angehen. Sie wollen dem Problem mit unterschiedlichen Gemeindeformen begegnen. Also eine Gemeinde für Jugendliche, eine Gemeinde für Arbeiter, eine Gemeinde für Intellektuelle und so weiter. Wir halten diesen Ansatz für grundfalsch, ja noch vielmehr: wir halten ihn nicht für evangeliumsgemäß! Wir sind als Christen in der Gemeinde gerufen, uns mit Menschen aller Milieus auseinanderzusetzen. In den vergangenen sechs Jahren konnten wir Schlimmeres verhindern. Wenn sich die Lebendige Gemeinde durchgesetzt hätte, hätten wir jetzt lauter neue Gemeindegründungen, die mit Finanzen und Pfarrstellen ausgestattet wären, was dann den Ortsgemeinden fehlen würde!

## **Für Zusammenarbeit – gegen Kirchturmdenken**

Es stimmt: wir sind weniger geworden in den letzten 40 Jahren. Dennoch ist die Fläche, auf der Evangelische wohnen, eher größer geworden. Davor dürfen wir die Augen nicht verschließen. Wir müssen unsere Strukturen dem anpassen. Das wissen wir nun schon seit Mitte der 70er Jahre. Doch passiert ist nichts. Wir verwalten uns in Strukturen, die noch aus der Weimarer Republik stammen, und wundern uns, dass soviel Geld in die Verwaltung fließt. Die OFFENE KIRCHE setzt sich seit Jahren unermüdlich für eine Kirchenkreisreform ein. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch und in jeder Verwaltungsstelle in einem mit Schreibmaschinen geschriebenen Gutachten mit langsam vergilbenden Seiten aus den 70er Jahren. Doch eine Allianz aus Oberkirchenrat und Lebendige Gemeinde verhindern Legislaturperiode für Legislaturperiode die Umsetzung. Jetzt soll die Basis ran. Die Kirchenbezirke werden gerufen, selber bei den Nachbarbezirken auf Brautschau zu gehen. Das kostet Kraft und ist oftmals nervenaufreibend und wird am Ende zu einem Flickenteppich von Kirchenbezirken unterschiedlichster Größe führen. Nein, das ist Aufgabe der Landeskirche, Aufgabe der Landessynode und Aufgabe des Oberkirchenrats.

Die Gemeinden sind vor Ort dran. Sie müssen mit Nachbargemeinden Kooperationen und Fusionen aushandeln. Da ist die Basis oft weiter als die Landeskirche. Wir, die OFFENE KIRCHE, unterstützen diese Prozesse nachhaltig!

## **Für Toleranz – gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung**

Unsere Gesellschaft hat sich stark verändert, spätestens seit dem Anwerbeabkommen in den 60er Jahren, die Migrationsbewegungen seit den 70er und 80er Jahren und der wirt-

schaftlichen Mobilität, wie wir sie seit einigen Jahren erleben.

Unsere Kirche muss dazu Stellung nehmen, dass es in verschiedenen Regionen Deutschlands inzwischen sogar mehr Andersgläubige als Christen gibt. Vielen ist klar, dass die überkommene Vorstellung von Mission in dieser Situation nicht mehr so einfach praktiziert werden kann. Wir, die OFFENE KIRCHE, sprechen das offen aus und suchen nach zeitgemäßen Möglichkeiten der Mission.

Die gesellschaftliche Vielfalt ist Realität. Es ist Aufgabe der Kirche, zunächst einmal Frieden und Dialog unter den unterschiedlichen Kulturen und Religionen zu ermöglichen. Dazu muss die Kirche sich interkulturell öffnen. Um sich den Herausforderungen der gesellschaftlichen Vielfalt stellen zu können, sind respektvolle Begegnungen gefragt. Es gehört zu unseren Aufgaben, mit jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in einen offenen Dialog zu treten und unmissverständlich gegen jegliche antisemitische Anfeindungen einzutreten. Wir müssen uns auch dafür einsetzen, dass Andersgläubige, wie z. B. Muslime, ihre Religion in angemessenen Räumlichkeiten ausüben können und nicht wie bisher oftmals in Hinterhöfen, Lagerhallen etc. Es ist auch unsere Aufgabe, den Islamunterricht an Schulen zu fördern und durch Lehrstühle für islamische Theologie und Religionspädagogik zu unterstützen.

## **Für Offenheit – gegen Diskriminierung bestimmter Lebensformen**

Art. 140 unseres Grundgesetzes gibt den Kirchen eine große Freiheit. Dort wird geregelt, dass Artikel der Weimarer Reichsverfassung von 1919, welche die Religion betreffen, weiterhin Gültigkeit haben. Der entscheidende Satz für das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen steht im Art. 137 der Weimarer Reichsverfassung: *Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes.*

Das ist die juristische Grundlage für all unser Tun. Ohne diesen Artikel gäbe es keine Kirchengesetze, auch keine gesetzgebende Versammlung, die Landessynode. Aber das heißt eben auch, dass zunächst einmal weltliche Gesetze in der Kirche nicht gelten.

Große Freiheit bedeutet wie immer auch gleichzeitig große Verantwortung. Eine Verantwortung, die wir in der Landessynode haben und ausfüllen müssen. Leider wurde die Verantwortung bisher oft dazu genutzt, Ausnahmen von weltlichen Gesetzen für die Kirche zu beanspruchen!

In dieser Verantwortung steht die OFFENE KIRCHE für Gleichstellung und Gleichberechtigung. Wir setzen uns für ein Gleichstellungsgesetz ein, das Geschlechtergerechtigkeit in der Kirche sicherstellt. Wir treten für Chancengleichheit von ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitenden ein. Schließlich fordern wir eine Quote für Leitungsämter. Es kann nicht sein, dass in Württemberg heute nicht einmal zehn Prozent der Dekansstellen mit Frauen besetzt sind und in den Oberkirchenrat in den letzten zehn Jahren nicht eine Frau berufen wurde.

Doch das größte Defizit aus Sicht der OFFENEN KIRCHE besteht in der Diskriminierung bestimmter Lebensformen. Auch heute im 21. Jahrhundert ist es üblich, dass bei jeder Ehescheidung eines Pfarrers oder einer Pfarrerin der Prälat sich mit dem Kirchengemeinderat berät, ob er oder sie in der Gemeinde noch tragbar ist.

In der Erklärung zu homosexuellen Pfarrerinnen und Pfarrern wird zwar die grundsätzli-

che Eignung nicht in Frage gestellt, aber das Zusammenleben im Pfarrhaus grundsätzlich ausgeschlossen und festgestellt, dass Pfarrerinnen und Pfarrer aufgrund ihrer sexuellen Orientierung möglicherweise nicht auf allen Stellen der Landeskirche eingesetzt werden können. Eine Erklärung, die in Württemberg als großer Fortschritt gepriesen wurde, aber vor jedem weltlichen Gericht für null und nichtig erklärt werden würde.

Es muss Schluss sein mit der Diskriminierung. Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode einen großen Schritt vorankommen und Gleichberechtigung und Gleichstellung in Württemberg herstellen.

## **Für Demokratie, Partizipation und Transparenz**

Demokratie in der Kirche - für viele ein Reizwort. Demokratie, also Volksherrschaft. Haben wir in der Kirche nicht Christokratie - die Herrschaft Christi -? Diese Frage begegnet mir oft und ich antworte, muss das denn ein Gegensatz sein? Müsste es denn für eine Kirche, die auf der Menschwerdung Gottes beruht und in der das Priestertum aller Gläubigen gelebt wird, nicht selbstverständlich sein, sich auch demokratisch zu organisieren? Ich will diese Frage hier nicht abschließend erörtern. Aber eines ist klar: eine demokratische Struktur widerspricht der Christokratie ganz sicher nicht.

Wir treten für eine neue Kirchenverfassung ein. Eine Verfassung, die die jetzige aus dem Jahr 1921 ablöst. Eine Verfassung, die den Grundsätzen Demokratie, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet ist.

Mit der Urwahl der Synode haben wir starke demokratische Elemente. Diese sind nur leider nicht durchgehalten. Die Wahl des Oberkirchenrats durch den Landeskirchenausschuss ohne Ausschreibung der jeweiligen Stellen ist weder transparent noch demokratisch. Die Möglichkeit des Oberkirchenrats, Verordnung zu erlassen, ohne dass die Synode ihn dazu ermächtigt hat, und das fehlende Recht der Synode, den OKR zu kontrollieren, gibt dem OKR fast allmächtige Kompetenz. Und genau das ist das Image des OKRs bei Gemeinden und Pfarrerinnen- und Pfarrern. Wenn man sechs Jahre in der Synode ist, weiß man, dass es so nicht ist. Da erlebt man den OKR oft eher als ohnmächtig. Aber vielleicht ist das ja der Ausdruck der fehlenden Legitimität.

Zur Redlichkeit der Kirche gehört auch der faire Umgang mit den Mitarbeitenden. Das gilt insbesondere für die Diakonie. Es kann nicht sein, dass diakonische Einrichtungen mit schlechten Arbeitsbedingungen immer wieder Schlagzeilen machen. Wir, die OFFENE KIRCHE, stehen für gerechte Entlohnung, Tarifgestaltung, familiengerechte Arbeitsbedingungen und demokratische Mitbestimmung. Dabei muss auch der 3. Weg auf den Prüfstand, nicht nur weil uns dazu das neueste Urteil des Bundesarbeitsgerichts zwingt.

Lassen Sie mich nun noch zwei Themen aufgreifen, die so explizit im Wahlprogramm nicht genannt sind: *Finanzen* und *Evangelisch in Württemberg*

### **Finanzen**

Unsere Kirche ist stark von dem Kirchensteueraufkommen abhängig, das von den Kirchengenossen aufgebracht wird. Und da wir seit Jahren einen Rückgang der Kirchenmitglieder haben, wird langfristig auch die Kirchensteuer sinken. Soweit so gut. Aber das ist im Moment nicht unser Problem. Die Rücklagen, sowohl der Landeskirche als auch der

Kirchengemeinden bei der Landeskirche, sind mehr als voll. Das ist die Folge einer jahrelangen, völlig übertriebenen Sparpolitik, die manchen Arbeitsbereich der Landeskirche an den Rand seiner Existenz gebracht und viele Kirchengemeinden vor das Problem gestellt hat, ihre Haushalte in Jahren sprudelnder Kirchensteuereinnahmen nicht mehr ausgleichen zu können. Das muss ein Ende haben! Im Sinne eines 100-Tage-Programms will die OFFENE KIRCHE, wenn es die Mehrheiten nach der Wahl zulassen, den Kirchengemeinden das Geld geben, das ihnen zusteht, und im landeskirchlichen Haushalt die Kürzungen wieder zurücknehmen:

- die Stellen des Islam-Beauftragten und des Beauftragten für den christlich-jüdischen Dialog werden wieder auf 100% aufgestockt.
- das Friedenspfarramt wird ebenfalls wieder auf 100% aufgestockt
- die Kürzungen beim Umweltbeauftragten werden ebenfalls zurückgenommen
- und der Akademie in Bad Boll werden wir wieder mehr Luft geben, den Umbau kreativ gestalten zu können und nicht nur den Rotstift ansetzen zu müssen.

## Evangelisch in Württemberg

Unsere Gesellschaft hat sich verändert. Es ist längst nicht mehr selbstverständlich, dass Kirche und Glauben im Alltag eine Rolle spielen. Das nehmen wir alle wahr. Und wir sind hilflos. Das nimmt auch das konservative Lager unserer Landeskirche wahr und legt ein missionarisches Programm nach dem anderen auf. War es in der letzten Legislaturperiode das Programm *Wachsende Kirche* mit den vielsagenden Slogan *Wachsen gegen den Trend*, so ist es jetzt das Schlagwort *Evangelisch in Württemberg*. Es geht immer darum, Menschen zum Glauben zu rufen. Dagegen ist ja zunächst nichts zu sagen. Aber alle diese Programme scheitern letzten Endes. Es läuft immer darauf hinaus, dass die Frommen noch frömmere werden, aber kaum andere erreicht werden.

Deshalb müssen wir den Begriff *Mission* in einer multikulturellen, multireligiösen Gesellschaft völlig neu denken lernen. Wir dürfen nicht erwarten, dass der vielleicht atheistisch erzogene Jugendliche, der mit der Kirche heute nichts anfangen kann, innerhalb kürzester Zeit zum Jugendkreismitglied in der Kirchengemeinde wird oder dass der türkischstämmige, muslimische Nachbar zu einem württembergischen Christ wird. Es geht vielmehr darum, im Geiste des Evangeliums das Zusammenleben zu organisieren. Einen Dialog der Religionen und Kulturen in Gang zu bringen, Gastfreundschaft zu üben und den Frieden zwischen den Menschen zu fördern. Das ist Mission, wie wir von der OFFENEN KIRCHE es verstehen. Missionsprogramme, die in diese Richtung gehen, werden wir offensiv unterstützen.

## Ein Wort zu den anderen Gesprächskreisen

Zu den württembergischen Besonderheiten gehört die Urwahl unserer Landessynode. Deshalb sind wir heute alle hier, weil wir uns dieser Wahl stellen wollen. Das hat auch dazu geführt, dass sich von Anfang an so etwas wie Kirchenparteien und Fraktionen, die Gesprächskreise, in der Landessynode gebildet haben. Viele in unserer Landeskirche tun sich

schwer damit und so etwas wie Parteigezänk soll auf alle Fälle vermieden werden. Deshalb bin ich bisher auch nur sehr wenig auf unsere Gegner eingegangen. Jetzt am Schluss will ich aber doch noch ein paar Worte dazu sagen: Es gibt Gesprächskreise in dieser Landeskirche. Sie haben eine wichtige Funktion in der Wahrnehmung der Aufgaben in der Synode. Die OFFENE KIRCHE steht zu den Gesprächskreisen und wünscht sich endlich eine ehrliche Verankerung in der Kirchenverfassung und Geschäftsordnung der Landessynode.

Und wenn es Gesprächskreise gibt, so gibt es auch Unterschiede. Und wenn es Unterschiede gibt, so müssen diese auch transparent werden. Deshalb stehen wir als OFFENE KIRCHE zu einer offenen Auseinandersetzung und auch zu fairem öffentlichen Streit, auch wenn wir nicht alles kopieren müssen, was wir aus der Politik kennen.

Diese Unterschiede der Gesprächskreise haben wir in den letzten Jahren sehr deutlich bemerkt. Wir haben auch bemerkt, dass es in der Synode nicht viel anders zugeht als in weltlichen Parlamenten. Es gab kaum einen Antrag, mit dem wir durchgekommen wären. Wir konnten auch nichts machen, wenn die Mehrheit etwas unbedingt durchdrücken wollte. Ja, wir haben es erlebt: wir waren Opposition in dieser Landessynode. Das sollten wir wissen, wenn wir Wahlkampf machen. Vertreten wir unsere Positionen offensiv, stellen wir die anderen und stellen wir dar, dass wir die besseren Ideen für unsere Landeskirche haben! Lassen Sie uns gemeinsam kämpfen für ein gutes Wahlergebnis! Vor einem Jahr habe ich das Wahlziel ausgegeben, eine Mehrheit jenseits von Lebendiger Gemeinde und Evangelium und Kirche zu erreichen. Dazu müssen wir mindestens 1/3, also 30 Synodale, stellen. Dafür brauchen wir mindestens 40 bis 45 Kandidatinnen und Kandidaten, habe ich gesagt. Dieses letzte Ziel haben wir erreicht. Jetzt geht es darum, dass möglichst viele von uns auch den Sprung in die Landessynode schaffen. Lassen Sie uns werben für unsere Ziele! Lassen Sie uns werben bei Menschen, die der Kirche ganz nahe sind, sich aber trotzdem eine Öffnung der Kirche wünschen, aber lassen Sie uns auch werben bei den Menschen, die an der Grenze stehen, die Kirche zu verlassen drohen, aber noch Hoffnung haben. Das ist unser Potenzial. Sie sind oft in Friedensgruppen, in Eine-Welt-Vereinen, in Bürgerinitiativen, bei Prozessen der Bürgerbeteiligung zu finden. Das sind unsere potenziellen Wählerinnen und Wähler. Sie müssen wir erreichen und motivieren, am 1. Dezember zur Wahl zu gehen und mit ihrer Stimme ein Zeichen für eine Veränderung in unserer Kirche zu setzen.

Liebe Mitkandidierenden! Es lohnt sich, für unsere Ziele zu kämpfen, auf dass wir uns alle am 1. Dezember abends als gewählte Synodale gratulieren können.

Wir, die OFFENE KIRCHE, stehen **Für Vielfalt und Gerechtigkeit – mit Profil und Biss** in unserer Kirche!